

03.07.2018

Antrag

der Fraktion der SPD

Vermüllung der öffentlichen Räume stoppen – Landesregierung muss Vermeidungskonzept entwickeln

I. Kommunen leiden verstärkt unter der Vermüllung des öffentlichen Raums

Das Phänomen der Vermüllung des öffentlichen Raums schreitet zunehmend voran. Eine wichtige Ursache ist der wachsende Trend zum Essen und Trinken unterwegs. Immer mehr Einwegverpackungen werden verbraucht. 106.000 Tonnen Abfall fallen alleine durch Getränkeverpackungen jährlich in Deutschland an. Das entspricht 2,8 Milliarden To-Go-Bechern im Jahr oder 320.000 in der Stunde. Der To-Go-Becher hat inzwischen die Plastiktüte als Abfallverursacher Nummer eins im Alltag abgelöst. Gleichzeitig erzeugt eine „Mediterranisierung“ des gesellschaftlichen Lebens, dass der öffentliche Raum stärker zur Freizeitgestaltung herangezogen wird. Freizeit draußen zu verbringen, bedeutet automatisch auch mehr Müll im öffentlichen Raum. Der Abfall landet dabei oftmals nicht im Mülleimer, sondern auf dem Boden, auf Straßen, Plätzen und in Parks. „Littering“ heißt dieses Phänomen des absichtlichen oder achtlosen Verschmutzens der Umgebung.

Die meisten Becher und anderer Verpackungsmüll bestehen zu etwa einem Drittel aus Kunststoff. Landet dieser als Müll in der Umwelt, werden Teile in Boden oder Wasser und irgendwann ins Meer getragen, wo er zu Mikroplastik zerfällt und in die Nahrungskette gelangt.

Insgesamt führt diese Entwicklung zu immensen Kosten, die von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die erforderlichen Reinigungsmaßnahmen von Straßen und Grünflächen steigen kontinuierlich. Inzwischen, so schätzen verschiedene Studien, belaufen sich die daraus resultierenden Kosten auf etwa 800 Millionen Euro jährlich.

II. Littering senkt Lebensqualität

Ein bekanntes Phänomen ist nachgewiesen, das besagt: Wo Müll bereits liegt, wird bald noch mehr landen. So entstehen schnell Müllbrennpunkte. Mit dem Wegwerfen setzt sich meist eine weitere Verwahrlosung fort. Denn wenn die Umgebung schon vermüllt ist, sinkt die Bereitschaft von Passanten, ihren Müll ordentlich zu entsorgen. Auch Vandalismus wird wahrscheinlicher. Gerade in Quartieren, die als sozialer Brennpunkte verstanden werden, nehmen die Anwohner Vermüllung als weiteren Grund für ihre gesellschaftliche und staatliche Ausgrenzung wahr.

Datum des Originals: 03.07.2018/Ausgegeben: 03.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Stadtsauberkeit ist Lebensqualität. Deshalb ist der Kampf gegen Vermüllung und für die gute Instandhaltung der öffentlichen Räume eine wichtige Grundlage für objektive und subjektive Sicherheit sowie die soziale Stabilität im Quartier. Von Sauberkeit und einem ansprechenden Stadtbild profitieren deshalb alle Bürger. Daher sollten auf kommunaler und auf Landesebene Initiativen und Aktivitäten, die zur Stadtsauberkeit beitragen, über die Zuständigkeit der Umwelt-, Sozial- und Städtebaupolitik vernetzt oder neu geschaffen werden.

Eine wichtige Rolle für die Attraktivität der Quartiere, spielen hier in NRW die mehr als 65.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Abfallbetriebe. Ihr Kampf gegen die Vermüllung ist von großer Bedeutung, um den weiteren Reinigungsaufwand zu verringern und damit steigende Kosten zu verhindern. Sie sammeln nicht nur den Müll, sondern weisen mit unterschiedlichen Kampagnen schon heute auf die Probleme der Vermüllung hin.

III. Mitte-Rechts zeigt sich hilf- und lustlos im Kampf gegen Littering

Das Land Nordrhein-Westfalen ist dringend gefordert, Maßnahmen gegen die voranschreitende Vermüllung von öffentlichen Plätzen, Straßen und ganzen Stadtvierteln zu entwickeln. Zwar leisten die kommunalen Unternehmen in den Städten viel bei der Reinigung von Straßen, Wegen und Grünflächen und sind bei der Abfallvermeidung aktiv. Um dem Problem jedoch nachhaltig zu begegnen, geht es aber um viel mehr. Nachhaltigen Erfolg bringt nur eine intensive und kontinuierliche Reinigung, die verbunden ist mit ordnungspolitischen Maßnahmen und einer intensiven Aufklärung. Hier ist ein koordinierendes und kooperatives Vorgehen mit den Kommunen notwendig. Es bedarf der Unterstützung der Kommunen für die Erforschung, welche Maßnahmen besonders in den sehr belasteten Gebieten wirksam sind, aber auch für die Weckung und Begleitung gesellschaftlichen Engagements der Bewohnerinnen und Bewohner und des koordinierten Vorgehens aller Beteiligten. Die intensive Förderung beim Bau und Betrieb „außerschulischer Lernorte“ in ganz NRW könnte einen erheblichen Beitrag zur Abfallvermeidung und zum besseren Umgang mit der Natur und der Vermeidung von „Littering“ leisten.

Leider fehlt der Landesregierung aber offensichtlich jedes Problembewusstsein. Weder im Koalitionsvertrag noch in der „kleinen Regierungserklärung“ zur Umweltpolitik findet sich auch nur ein einziger Satz zu dieser neuen Herausforderung der Abfallwirtschaft. Zu mehr als Allgemeinplätze wie „Es gilt, Abfälle möglichst zu vermeiden“ ist Schwarz-Gelb offenbar nicht fähig. Dies unterstreicht die Hilf- und Lustlosigkeit der Landesregierung, sich mit diesem Problem zu beschäftigen.

Ein Blick über den Tellerrand würde Schwarz-Gelb zeigen, dass es schon zahlreiche gute Beispiele gegen die zunehmende Vermüllung des öffentlichen Raums gibt:

- In Hamburg werden sogenannte „Waste Watcher“ eingesetzt, hierzu hat die Stadtreinigung neue Mitarbeiter eingestellt, darunter ehemalige Langzeitarbeitslose und Migranten.
- Das Land Hessen setzt sich mit der Kampagne „Sauberhaftes Hessen“ gegen die Vermüllung von Straßen und Landschaften ein. Ziel ist vor allem, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu schärfen.
- Rheinland-Pfalz setzt auf frühe Umweltbildung. Bei den vom Land unterstützten „Außerschulischen Lernorten“ können Schulklassen Themen rund um die Abfallwirtschaft kennenlernen.
- In der Stadt Basel gibt es schon seit 2000 regelmäßige Sensibilisierungskampagnen zum Thema Abfallprävention und öffentliche Veranstaltungen.
- Unter dem Dach von „Let's Clean Up Europe“ beteiligen sich rund eine halbe Million Menschen an Aufräuminitiativen. Allein in Deutschland sammelten Freiwillige 2017 rund 1.270 Tonnen Abfälle auf, die in die Natur gelangt waren.
- Der Verband kommunaler Unternehmen hat mit seinen umfangreichen Studien zur "Wahrnehmung von Sauberkeit und Littering im öffentlichen Raum" mit der Humboldt Universität in Berlin wichtige Forschungsgrundlagen geliefert.

Der Landesregierung würde aber auch schon ein Blick in den „Abfallwirtschaftsplan Nordrhein-Westfalens – Teilplan Siedlungsabfälle“ helfen. Dort finden sich zahlreiche Hinweise zur Weiterentwicklung der Abfallvermeidung.

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf:

1. bestehende Konzepte zur Reduzierung des Littering aus Kommunen und anderen Bundesländern heranzuziehen und hinsichtlich eines NRW-Müllvermeidungsprogramms auszuwerten;
2. auf der Grundlage der Erkenntnisse der Studie "Wahrnehmung von Sauberkeit und Littering im öffentlichen Raum" der Humboldt Universität Berlin gemeinsam mit den kommunalen Abfall- und Stadtreinigungsbetrieben ein landesweites Programme zur Sauberhaltung der Städte und zur Müllvermeidung zu initiieren und zu unterstützen,
3. die Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge bei ihrer Arbeit vor allem in den Quartieren zu unterstützen und zu stärken, wo das Risiko der Vermüllung am größten ist.
4. den Bau und den Betrieb von „außerschulischen Lernorten im Bereich Abfall und Sauberkeit“ mit Fördermitteln zu unterstützen und Best Practice-Beispiele allgemein zur Verfügung zu stellen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
André Stinka
Jürgen Berghahn

und Fraktion